

KLIENTEN-INFO

Salzburger Steuerdialoge 2009 brachten einige Neuerungen

Quellenangaben zu den Protokollen

UStG	BMF - 010219/0220-VI/4/2009, 1.09.09
EStG	BMF - 010203/0542-VI/6/2009, 5.10.09
KStG	BMF - 010216/0093-VI/6/2009, 5.10.09
LSt	BMF - 010222/0152-VI/7/2009, 6.10.09
Außensteuern	BMF - 010221/2415-IV/4/2009, 24.9.09
BAO	BMF - 010103/0112-VI/ 2009, 17.07.09

Zu finden: [www.bmf.vg.at/findok/Gezielte Suche/ GZ/ BMF-](http://www.bmf.vg.at/findok/Gezielte_Suche/GZ/BMF-)

Ausgewählte Themen im Überblick

■ Umsatzsteuer

• Photovoltaikanlagen im Privatbereich

Eine unternehmerische Tätigkeit im umsatzsteuerlichen Sinne liegt bei einem **Einfamilienhaus** erst dann vor, wenn die erzeugte Strommenge mehr als das Doppelte des privaten Bedarfes beträgt und der Überschuss ins Ortsnetz eingespeist wird. Derartige Überschüsse stellen ertragsteuerlich Einkünfte aus Gewerbebetrieb dar. Bei **Wohnungseigentumsgemeinschaften** dürfte eine andere Beurteilung Platz greifen, da in diesem Fall ja bereits Unternehmereigenschaft und somit Umsatzsteuerpflicht besteht.

• Minderung der Ust-Bemessungsgrundlage infolge öffentlicher Förderung bei Wohnungseigentums-gemeinschaften

Bei Sollversteuerung hat die Minderung der Umsatzsteuerbemessungsgrundlage im Zeitpunkt der verbindlichen Förderzusage (z.B. thermische Sanierung) zu erfolgen.

• Touristenexport

Ust-Freiheit besteht nur dann, wenn der Abnehmer keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der EU hat. Als Nachweis hierfür kann idR. der Reisepass dienen.

• Ausfuhrnachweis

Sind im Versendungsfall Name und Anschrift des Empfängers aus dem im Ausfuhrnachweis angegebenen Rechnungen leicht und zweifelsfrei feststellbar, kann von einem zulässigen Ausfuhrnachweis ausgegangen

INHALT

- Salzburger Steuerdialoge 2009 brachten einige Neuerungen
- Ausweitung der SV-Bemessungsgrundlage für Kunstschaffende
- Beitragszuschuss 2010 zur Sozialversicherung für Künstler
- Mindestlohntarif für Au-Pair-Kräfte ab 1. Jänner 2010
- VPI

Gesehen	Tag:							
	Name:							

werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen der Rz 1083 UStR vorliegen.

• **Übergang der Steuerschuld bei Bauleistungen gem. § 19 Abs. 1a UStG**

Das Vorliegen einer UID ist keine Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Reverse Charge Systems.

• **Differenzbesteuerung bei Kleinunternehmen**

Bei der Differenzbesteuerung gelten die Befreiungsbestimmungen (ausgenommen bei Ausfuhrlieferungen) nicht. Daher sind Umsätze, die der Differenzbesteuerung unterliegen auch bei Nichterreichen der Kleinunternehmergrenze von € 30.000,- steuerpflichtig.

• **Nachweis der Beauftragung für steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung**

Ab 1. Jänner 2010 ist der Beauftragungsnachweis schon vor Aushändigung der Waren zu erbringen und nicht, wie laut UFS-Entscheidung GZ RV/305-G/08 vom 4. Juni 2009, erst nach Ausführung des Umsatzes.

UStR-Wartungserlass 2009 BMF-010219/0277-VI/4/2009, 10.11.2009 insbesondere betreffend Auslandsleistung und Leistungsort (Rz 83, 638a ff).

■ **Einkommensteuer**

• **Abzugsfähigkeit von Geldbußen bei Wettbewerbsverstößen**

Sie sind nur in der Höhe des **Abschöpfungsanteiles** (Bereicherung) als Betriebsausgabe absetzbar. Dieser Anteil muss aber klar aus der Geldbußenentscheidung hervorgehen. Rz 1523a EStR.

• **Bewertung von Grundstücken bei Übergang zur Gewinnermittlung nach § 5 EStG**

Der Teilwertansatz ist im Zeitpunkt des Wechsels der Gewinnermittlung gem. § 4 Abs. 10 Z 3a EStG zunächst steuerneutral. In Zweifelfällen kann – auch über Antrag – ein Feststellungsbescheid erlassen werden, der Bindungswirkung entfaltet Rz 704 EStR.

• **Pauschalierung bei Mischbetrieben**

Entscheidend ist, welche Umsätze inklusive USt aus der Warenabgabe bzw. den erbrachten Leistungen nach der Verkehrsauffassung überwiegen. Dargestellt am Beispiel Gaststätten- und Lebensmitteleinzel-/Gemischtwarenhandel.

• **Wegzugsbesteuerung bei neuerlichem Zuzug**

Beim Wegzug unterliegt die Differenz zwischen dem gemeinen Wert und den Anschaffungskosten von Kapitalanteilen (hier GmbH) der Besteuerung. Bei späterem Zuzug gilt der gemeine Wert als „neuer“ Anschaffungswert, sodass nur jene Wertsteigerung in Österreich erfasst wird, die während des Bestandes der österreichischen Steuerpflicht entstanden ist.

• Abhängigkeit des **Verlustabzuges** von der bescheidmäßigen Festsetzung der steuerlichen Ergebnisse in einzelnen Jahren.

• Besteuerung mit dem **ermäßigten Steuersatz von Einkünften aus Vermietung**, die gem. § 188 Abs. 1 d BAO festgestellt werden, wenn an den Einkünften **mehrere Personen** beteiligt sind.

EStR-Wartungserlass 2009 BMF-010203/0704-VI/6/2009, 11.12.2009

■ **Körperschaftsteuer**

• **Teilwertberichtigung eines unverzinslichen Darlehens im Konzern**

Infolge Fremdunüblichkeit handelt es sich um einen steuerneutralen Vorgang. Die aufwandswirksam verbuchte Wertberichtigung ist **außerbilanziell hinzuzurechnen**.

• **Aktienrückerwerb und anschließender Verkauf bei einer AG**

Es handelt sich um einen Erwerbsvorgang mit anschließendem Verkauf, bei dem die daraus resultierenden Gewinne/Verluste nach den allgemeinen steuerlichen Grundsätzen **steuerwirksam** sind.

• **„Stock options“ im Jahresabschluss der Gesellschaft**

Der Wert des den Mitarbeitern eingeräumten Optionsrechtes ist **keine Betriebsausgabe**.

• **Vergütungen** der Tochtergesellschaft an die Mutter für Vorstandstätigkeit sind **kein Anwendungsfall** für Rz 104 EStR (**höchstpersönliche Leistung**, KI-Folge 199/2009 mit Wirkung ab 1. Jänner 2010).

• **Weitere Themen:** Angemessenes Mietentgelt bei Vermietung an Trägergesellschaft. Grenzüberschreitende Einbringung von Kapitalanteilen mit anschließender Rückeinbringung. Importeinbringung samt Verschmelzung (Firmenwert).

■ **Lohnsteuer**

• **Bereitstellung gesundheitsfördernder Maßnahmen des Arbeitgebers**

Deren Anbietung an alle oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern in den eigenen Einrichtungen (z.B. Massage, Gymnastikkurse, Fußballplatz, Turnsaal u.ä.) ist steuerfrei. Gutscheine für z.B. Massagen außer Haus oder Besuch von Fitnesscentern sind aber steuerpflichtig.

• **Ende der Behaltefrist bei Mitarbeiterbeteiligung**

Eine Änderungskündigung (Von Vollzeit- zu Teilzeitbeschäftigung) entspricht einer Beendigung des Dienstverhältnisses, sodass ab diesem Zeitpunkt auch die Behaltefrist endet.

• **Unentgeltliche Kontoführung für Bankmitarbeiter**

Ein steuerpflichtiger Vorteil liegt nur dann vor, wenn den Arbeitnehmern günstigere Konditionen zur Verfügung stehen als den Kunden.

• **Zinsensparnis als Sachbezug**

Derzeit ist bei einem zinsenlosen Kredit ein steuerpflichtiger Vorteil aus dem Dienstverhältnis mit 3,5% anzusetzen. Eine Änderung wird in Aussicht gestellt.

• **KFZ-Sachbezugsbewertung**

Bei Vorführkraftfahrzeugen ist auf den Kaufpreis ein Zuschlag von 20%, erhöht um die NoVA und USt für die Ermittlung des steuerpflichtigen Vorteils aus dem Dienstverhältnis (1,5% vom Anschaffungswert) anzusetzen.

• **Pauschaler Kostenbeitrag zu einer Vollkaskoversicherung**

Im konkreten Fall zahlen die Arbeitnehmer einen Beitrag von € 15,- pro Monat, wobei auch Privatfahrten

mitversichert sind. In diesem Fall mindert sich der Sachbezugswert um € 15,- pro Monat.

• **Pendlerpauschale bei langem Krankenstand**

Befindet sich ein Arbeitnehmer das ganze Jahr im Krankenstand steht ihm kein Pendlerpauschale zu. Da der Arbeitgeber bei Bezug von Krankengeld keine Aufrollung durchführen darf, ist das Pendlerpauschale bei der Arbeitnehmerveranlagung zu korrigieren.

• **Doppelte Haushaltsführung**

Kriterium für Familienheimfahrten ist, wo sich der Familienwohnsitz befindet. Für die Kosten der doppelten Haushaltsführung werden als **Obergrenze € 2.200,- p.m.** für ein **Hotelzimmer** anerkannt, was für Miet- oder Eigentumswohnung aber nur ausnahmsweise erreicht werden kann. Beträgt deren Dauer länger als 2 Jahre sind bei Unzumutbarkeit der Zusammenlegung die Kosten der zusätzlichen Wohnung und die Familienheimfahrten abzugsfähig.

• **Verkehrsabsetzbetrag, Pendlerpauschale, KM-Geld oder Werbungskosten**

Fahrten zwischen **Wohnung und Arbeitsstätte** sind durch den Verkehrsabsetzbetrag – **VAB** (€ 291,- p.a.) bzw. durch das Pendlerpauschale – **PP abgedeckt**. Bei **Fahrten** des AN im Auftrag des AG zwischen **mehrerer Dienstorten** ist zu ermitteln, **welche** davon durch den **VAB** bzw. das **PP abgedeckt** sind und für welche entweder das **steuerfreie KM-Geld** zusteht oder **Werbungskosten** geltend gemacht werden können. Für die Berechnung dieser Fahrtstrecken „dräut“ der Lohnverrechnung in Form des sogenannten „**Entfernungssockels**“ ein **neues Verwaltungsmonster** ☹.

• **Überstundenaufzeichnung**

Bei gleich bleibenden Verhältnissen kann eine Aufzeichnung unterbleiben. Bei leitenden Angestellten, die deutlich über dem Kollektivvertrag bezahlt werden, ist davon auszugehen, dass Überstunden geleistet werden. Ein neu eintretender Angestellter hat seine Überstunden jedenfalls über einen Zeitraum von 6 Monaten aufzuzeichnen. Bei pauschalen Zuschlägen nach § 68 Abs. 1 EStG sind die Überstunden durchgehend aufzuzeichnen. Bei All-Inklusive-Vereinbarungen ist Voraussetzung, dass auch tatsächlich die Überstunden im erforderlichen Ausmaß geleistet werden. Unabhängig von der KV-Normalarbeitszeit ist von der gesetzlichen Normalarbeitszeit von 40 Wochenstunden und einem Stundenteiler von 203 auszugehen.

• **Entschädigung des Arbeitgebers aufgrund des Gleichbehandlungsgesetzes**

Bei der Entschädigung infolge geschlechtsbezogener Belästigung handelt es sich um den Anspruch auf Schadenersatz (angemessen mindestens € 720,-), der steuerfrei ist.

• **Weitere Themen**

- Spesen bei ausländischen Sportlern
- Nettolohnvereinbarungen
- Zerlegung der Kommunalsteuer
- Lehrer: Werbungskosten bei Seminaren und Abgrenzung Selbständigkeit / Unselbständigkeit in einem Nachhilfeeinstitut

- Stornokostenübernahme für abgebrochenen Urlaub von Dienstnehmern
- Tagesgebühren für LKW-Fahrer im Ausland
- Auszahlung einer Urlaubersatzleistung
- Sechstelberechnung bei 2 nacheinander folgenden Dienstverhältnissen
- Kündigung mit Wiedereinstellungszusage
- Nachforderung von Lohnabgaben und Lohnzettelkorrektur

LStR-Wartungserlass 2009 BMF-010222/0217-VI/7/2009, 14.12.2009

■ **Außensteuerrecht**

• **Spekulationsgewinn aus dem Verkauf einer inländischen Liegenschaft**

Steuerpflicht in Österreich besteht auch für einen Ausländer, der in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist.

• **Zurechnung von Einkünften**

Die Neuregelung lt. Rz 104 EStR im Rahmen von DBA ist differenziert anzuwenden. Jedenfalls aber im „Interim Management“, wenn Geschäftsführertätigkeiten bei österreichischen Gesellschaften wahrgenommen werden. Vergütungen für diese Tätigkeiten sind daher nicht der ausländischen Gesellschaft, sondern der physischen Person zuzurechnen (vgl. KI-Folge 199/2009).

• **Weitere Themen betreffen u.a:**

- **Betriebsstättenproblematik** bei Reinigung von Waschräumen auf österreichischen Autobahnen durch einen deutschen Unternehmer sowie um einen fahrenden Blumenhändler aus den Niederlanden.
- **Dokumentation** für Lohnkontoführung bei Entsendung vom Ausland nach Österreich und Nachweispflicht bei Auslandssachverhalten.

■ **BAO**

Feststellung von Verlusten. Bindungswirkung von UFS-Entscheidungen. Zuständigkeit einer Briefkastenfirma u.a. ■

Ausweitung der SV-Bemessungsgrundlage für Kunstschaffende

Hinsichtlich **GSVG-Pflichtversicherung** für **Altantiemen, Altersquote** bzw. **Altersausgleich** und Geltendmachung des **Betriebsausgabenpauschales**, vertritt die SVA folgende neue Rechtsansicht:

■ **Altantiemen und Altersquote sind beitragspflichtig**

Der bisherigen Praxis der **Herausrechnung von Antiemen** aus dem Einkommen, die auf Werke zurückgehen, welche vor Wirksamwerden der Pflichtversicherung ab 1. Jänner 2001 geschaffen wurden (**Altantiemen**), erteilt der **VwGH** 2008/08/0269 v. 21.01.2006 wegen Unsachlichkeit eine **Absage**. Die SVA schließt daraus, dass auch die **Herausrechnung** von „**Altersquote / Altersausgleich**“ vom Ein-

kommen, **nicht** mehr zu **rechtfertigen** sei. Im Hinblick auf die übergangslose Änderung bei den Altantimen, erklärt sich die SVA bereit, die Praxis bei **Altersquote** und **Altersausgleich** erst **ab 2009 umzustellen**.

■ Betriebsausgabenpauschale – Indiz für Erwerbstätigkeit

Wird bei Tantiemen das **Betriebsausgabenpauschale geltend** gemacht, geht die SVA von der Rechtsvermutung aus, dass **Erwerbstätigkeit** vorliegt und bei Überschreiten der Versicherungsgrenze daher **Pflichtversicherung** besteht. Wurde die **Erwerbstätigkeit eingestellt** oder die Tantiemen fließen den **Erben** zu, ist steuerlich kein Betriebsausgabenpauschale zulässig. Da diese Tantiemen idR. als Einkünfte aus Selbständiger Arbeit erklärt werden, ist der **SVA mitzuteilen**, dass **keine Erwerbseinkünfte** vorliegen, um die Vorschreibung von SV-Beiträgen zu vermeiden. Um weiteren Verwaltungsaufwand (Anfrage der SVA und Antwort des Betroffenen, der mit der Frage meistens überfordert ist und sich an seinen Steuerberater wendet) zu vermeiden, ist es zweckmäßig, die **Tantiemen** in diesem Fall als **Einkünfte aus Vermietung** (§ 28 Abs. 1 Z 3 EStG Verwertung von Urheberrechten) zu **erklären** (Betriebsausgabenpauschale hier nicht möglich). Laut Rz 6416 EStR handelt es sich bei diesen Einkünften regelmäßig um solche aus Vermietung, wenn sie vom Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolger des Urhebers erzielt werden. In der Praxis ist diese Vorgangsweise wohl auch bei Tantiemen vom Urheber selbst, der im Ruhestand ist, zu rechtfertigen. Das Finanzamt ist dadurch nicht geschädigt, die SVA hat keinen Anlass aktiv zu werden und für den Tantiemenbezieher entfällt der Erklärungsbedarf. Bis **einschließlich 2008** betrachtet die SVA die Geltendmachung des **Betriebsausgabenpauschales** als **Indiz** für die Ausübung einer **Erwerbstätigkeit** wobei das **Gegenteil** aber **nachgewiesen** werden kann. Das ist als **Toleranzregelung** zu betrachten, für den Fall des Nachweises, dass **keine Erwerbstätigkeit** vorliegt (z.B. Witwenquote oder Ruhestand). Sollte die Beitragsvorschreibung aber bereits erfolgt sein, ist gegebenenfalls der SVA der Nachweis zu erbringen, dass keine Erwerbstätigkeit vorlag und der Antrag auf Stornierung der Vorschreibung zu stellen. ■

Beitragszuschuss 2010 zur Sozialversicherung für Künstler

BGBI II 473/2009

Dieser beträgt ab 1. Jänner 2010 **€ 1.350,-** (2009: € 1.230,-) p.a. Seit 2009 wird er für SV-Beiträge zur PV, KV und UV auf Antrag gewährt, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen. Es muss eine Pflichtversicherung nach GSVG bestehen und die Einkünfte als Künstler dürfen das 12-fache bzw. die Gesamteinkünfte das 60-fache der Geringfügigkeitsgrenze (2010: € 366,33) nicht übersteigen. ■

Mindestlohtarif für Au-Pair-Kräfte ab 1. Jänner 2010

BGBI. II 462/2006

Neben Wohnung und Verpflegung gebühren bei einer Arbeitszeit von 20 Wochenstunden ein **monatlicher Mindestbruttobarlohn** von **€ 366,33** sowie der **aliquote** Teil von **Weihnachts- und Urlaubsgeld**. Ferner sind Arbeitskleidung beizustellen und mindestens die Hälfte eines Deutschkurses zu bezahlen. Übersteigt der Wochenlohn die Geringfügigkeitsgrenze, handelt es sich um ein vollversicherungspflichtiges Hausangestelltenverhältnis. ■

VERBRAUCHERPREISINDEX

Jahr	Jahresinflation %	VPI 2005=100	VPI 2000=100	VPI 96=100	VPI 86=100	VPI 76=100
Ø '06	1,5	101,5	112,2	118,1	154,4	240,0
Ø '07	2,2	103,7	114,6	120,6	157,8	245,2
Ø '08	3,2	107,0	118,3	124,5	162,8	253,1
Ø '09	0,5	107,5	119,7	125,9	164,7	256,0
Anschluss an KI 4/2009						
Feb. '09	1,3	107,0	118,3	124,5	162,9	253,2
März '09	0,8	107,2	118,6	124,8	163,2	253,8
April '09	0,7	107,4	118,8	125,0	163,5	254,1
Mai '09	0,3	107,7	119,1	125,4	163,9	254,8
Juni '09	-0,1	107,6	119,0	125,2	163,8	254,6
Juli '09	-0,3	107,3	118,7	124,9	163,3	253,9
Aug. '09	0,3	107,7	119,1	125,4	163,9	254,8
Sept. '09	0,1	107,8	119,2	125,5	164,1	255,1
Okt. '09	0,2	107,8	119,2	125,5	164,1	255,1
Nov. '09	0,7	108,0	119,4	125,7	164,4	255,5
Dez. '09*	1,0	108,2	119,7	125,9	164,7	256,0

Aktuelle Daten: © 01/1544

*) vorläufig

VORSCHAU

- **Berichtigung von Abbuchungen durch den Zahlungsdienstleister**
- **Änderung bei der Rechnungslegung**
- **Neues zur Hauptversammlung bei AG**
- **Änderungen im Familienrecht**
- **Erlagscheingebühr rechtswidrig?**

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: „Klienten-Info“, Probst GmbH, Redaktion: Josef Streicher, alle 2483 Ebreichsdorf, Wiener Neustädter Straße 20. Hersteller: Probst GmbH, 2483 Ebreichsdorf, Wiener Neustädter Straße 20. Kontakt: Tel. 02254/72278, Fax 02254/72110, E-Mail office@klientenservice.at, Homepage www.klientenservice.at. Richtung: Unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.